

## **16. Landtag von Baden-Württemberg, 37. Sitzung**

**Mittwoch, 22. Juni 2017, 09:30 Uhr**

### **Aktuelle Debatte – Terrorlage in Baden-Württemberg: Gefährden mehr als 3 500 Islamisten, darunter 120 gewaltbereite, Baden-Württemberg? – Quo vadis, Herr Innenminister Strobl?**

**Thomas Blenke MdL:**

Danke schön, Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich versuche einmal, diese absonderlichen Äußerungen des Sprechers der AfD von vorhin auszublenden, denn angesichts einer weltweit angespannten Bedrohungs- und Terrorlage bedarf es hier einer ausgewogenen und einer sachlichen Debatte und nicht einer solchen Polemik, wie wir sie vorhin erlebt haben.

Ja, wir sind in Europa, weltweit und auch in Deutschland Ziel von Terroranschlägen, von islamistischen Terroranschlägen.

Und das mittlerweile auch an Orten, wo man nicht unbedingt mit solchen Anschlägen rechnet. Für uns in Baden-Württemberg – und auch in Deutschland – besteht eine hohe abstrakte Bedrohungs- und Gefährdungslage, die sich jederzeit konkretisieren kann.

Das hat der Herr Innenminister vorhin auch gemeint. Das wissen wir, und das zeigt aber auch, wie schwierig es ist, in einer offenen Gesellschaft, die wir haben, Sicherheit zu gewährleisten. Wir wollen eine offene Gesellschaft, und wir wollen, dass sich bei uns die Bürger frei bewegen können.

Wir wollen, dass alle Menschen frei und sicher leben können, egal ob zuhause in der eigenen Wohnung, auf Straßen und öffentlichen Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag und bei Nacht.

Eine offene Gesellschaft erlaubt es den Bürgerinnen und Bürgern, sich innerhalb der Gesetze frei so zu verhalten, wie sie es möchten. Das unterscheidet uns von denen, die uns bekämpfen. Unsere Werte sind deren Anschlagziele.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir auch verwundbar. Die Verteidigung unserer Werte und unseres Lebensstils verlangt Geschlossenheit und auch Entschlossenheit. Unsere Art zu leben, sich zu kleiden, sich zu verhalten, lassen wir uns von niemandem nehmen. Wer aus anderen Kulturen kommt und bei uns leben will, muss sich nicht anpassen, aber er muss unseren Lebensstil akzeptieren.

Freiheit und Sicherheit bedingen einander. Die Polizei in Baden-Württemberg, Herr Minister Strobl, setzt mit großem personellem Aufwand und mit hoher Kompetenz permanent alles daran – durch offene und verdeckte Ermittlungen, mit gezielter Prävention und vielem mehr –, Gewalttäter und deren Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, die Begehung von Straftaten zu verhindern und die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu schützen. Dafür möchte ich Ihnen und den Sicherheitsbehörden unseres Landes ausdrücklich Dank zollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Rüdiger Klos AfD)  
Wir setzen auf Prävention, z. B. mit dem Kompetenzzentrum zur Koordinierung der Präventionsnetzwerke. Sie machen eine hervorragende Arbeit; Kollege Maier hat sie auch schon angesprochen.

Eine offene Gesellschaft ist gegen Terrorangriffe nur schwer zu schützen, und das wird von den islamistischen Terroristen auf infame Art ausgenutzt. Frühere Formen von Terrorismus, etwa der Linksterrorismus der RAF, hatte meistens prominente Repräsentanten des Staates im Visier. Die Islamisten wollen unsere Gesellschaft verängstigen, indem sie wahllos Menschenmengen attackieren und versuchen, möglichst viele Menschen zu töten. Gegen diese neue Form des Terrors müssen wir uns wappnen, und wir tun in Baden-Württemberg auch alles dafür, um gewappnet zu sein. Die Polizei in unserem Land bekommt und hat die modernste Ausrüstung, um sich selbst zu schützen, um sich zu wehren und um Terroristen zu bekämpfen: Schutzausrüstung, gepanzerte Fahrzeuge, modernste Maschinenpistolen, ganz aktuell.

Die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land bekommen an Ausrüstung das Beste, was sie brauchen, um uns zu schützen. Auch das ist die Politik, die wir in Baden-Württemberg machen.

Mit dem sogenannten Antiterrorpaket III wurden weitere Schwerpunktsetzungen in der Terrorbekämpfung vorgenommen, z. B. mit einer neuen Fahndungs- und Observationseinheit Staatsschutz, mit der Verstärkung von Ermittlungen im Bereich des Staatsschutzes und auch im Bereich von Cybercrime. Die Sicherheitsbehörden brauchen aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, um den Terroristen das Handwerk zu legen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeichnet übrigens den Rechtsstaat aus, dass die Polizei nur aufgrund demokratisch legitimer Befugnisse tätig wird.

Grün-Schwarz, die Koalition, sie handelt. Wir legen derzeit ein Sicherheitspaket auf, das richtungsweisend ist. Die Polizei und der Verfassungsschutz bekommen die Befugnisse, die sie brauchen, um Terroranschläge zu verhindern. Man muss das genau differenzieren: Der Bund gibt nach dem Bundesrecht die Kompetenzen, die nötig sind, um begangene Straftaten aufzuklären; wir als Land hingegen sind dafür zuständig, Kompetenzen zu geben, um Straftaten zu verhindern. Das tun wir, und wir geben jetzt die präventiven Kompetenzen, um die Polizei und den Verfassungsschutz zu munitionieren, damit sie Straftaten und Terroranschläge verhindern können, damit so etwas gar nicht erst passiert, dass Terroristen ihre schlimmen Werke verwirklichen können.

Die grün-schwarze Koalition hat sich aktuell auf mehrere Gesetzesänderungen geeinigt. Herr Minister Strobl, ich danke Ihnen für Ihre Vorschläge. Diese sind sehr gut; ich will ein paar davon nennen. Die anderen Fraktionen hier im Landtag, Sie alle sind herzlich eingeladen, uns dann dabei zu unterstützen, wenn es im Landtag um die Umsetzung geht. Zunächst einmal ist die sogenannte präventivpolizeiliche Telekommunikationsüberwachung zu nennen. Damit können derzeit der Telefon- und der SMS-Verkehr überwacht werden, nicht jedoch – das ist das Problem – die verschlüsselten Mediendienste wie z. B. WhatsApp. Das wissen natürlich auch die Verbrecher und die Terroristen. Deswegen brauchen wir auch Lösungen, um da heranzukommen, und dafür gibt es – die Spezialisten wissen, wovon ich rede – die sogenannte Quellen-TKÜ, und auch

dafür werden wir die präventive Befugnis schaffen, damit wir die Kommunikationswege der Terroristen verstopfen können.

Wir müssen die Kommunikationswege verstopfen, damit sich die Terroristen erst gar nicht zu solchen Dingen verabreden können.

Diese Befugnis geben wir übrigens auch dem Frühwarnsystem der Demokratie. Das ist das Landesamt für Verfassungsschutz, das uns im Verborgenen sehr früh Hinweise geben soll. Dafür bedarf es auch dieser Befugnisse.

Es wird die sogenannte intelligente Videoüberwachung geben, über die verdächtige Situationen erfasst werden können. Es wird eine Rechtsgrundlage geben, Aufenthalts- und Kontaktverbote für islamistische Gefährder zu erlassen und deren Einhaltung mit einer elektronischen Fußfessel zu kontrollieren.

Auch wird es – das klingt etwas martialisch, ist aber dennoch wichtig – für gefährlichste Bedrohungslagen die Befugnis für unsere Spezialeinheiten vom SEK geben, Sprengmittel wie beispielsweise Handgranaten einzusetzen. Wir hoffen, dass dies nie der Fall sein muss. Wir achten dabei aber – das hat Kollege Maier schon zu Recht ausgeführt – streng auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards. Das ist uns in der Koalition sehr wichtig. Ich habe es eingangs auch gesagt: Das zeichnet den Rechtsstaat aus. Dazu gehört in vielen Fällen z. B. der Richtervorbehalt.

Es geht nicht um eine uferlose Überwachung. Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Schutz zu geben, damit sie nicht Opfer terroristischer Angriffe werden können. Wir schützen Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger.

Das hat alles Grün-Schwarz miteinander vereinbart. Das sind gute Vorschläge. Danke schön, Herr Minister. Ich möchte unserem Koalitionspartner ausdrücklich großen Respekt zollen, dass wir uns auf diese Maßnahmen einigen konnten. Ich frage einfach einmal hier in die Runde – ich brauche nur geradeaus zu schauen: Wäre es mit Ihnen anderen auch möglich gewesen, solche Dinge zu vereinbaren?

Um es deutlich zu sagen: Terrorbekämpfung ist nicht nur eine baden-württembergische Angelegenheit. Wir können dieses Problem nicht allein lösen. Es handelt sich um eine

weltweite Bedrohung. Deswegen muss ganz Europa bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenhalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die grün-schwarze Koalition handelt verantwortungsbewusst. Wir halten die Balance aus Sicherheit und Freiheit. Ich glaube, das konnten wir beide darlegen. Absolute Sicherheit aber kann niemand garantieren. Wer allerdings in Baden-Württemberg lebt, lebt in maximaler Sicherheit und kann sich wohlfühlen.

Baden-Württemberg ist ein sicheres Bundesland.

Die Herren und die wenigen Damen der AfD müssen einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen: Baden-Württemberg ist ein sicheres Bundesland. Wir leben in maximaler Sicherheit. Man kann sich bei uns in Baden-Württemberg wohlfühlen.

Das ist unsere Botschaft an die Menschen in Baden-Württemberg.

Die AfD macht den Menschen Angst und versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen – auch mit reißerischen Debattentiteln und Wortbeiträgen, wie wir sie heute hier gehört haben.

Das hilft den Menschen nicht.

Sie helfen den Menschen nicht.

In dem Debattentitel der AfD heißt es auch „Quo vadis“. „Quo vadis“ war auch ein Film, der im Altertum spielt. Dahin gehören Sie auch.

Danke schön.